

### 30 Leiharbeit

Dubiose Anbieter, wie sie beim Maskenhersteller Hygiene Austria tätig waren, bringen auch seriöse Branchenvertreter in Verruf

# Grauzone mit mafiösen Strukturen

Von 2.000 Gewerbeberechtigten für **Leiharbeit** sind lediglich gut 800 aktiv und davon wiederum nur rund 100 im Branchenverband, der Seriosität garantiert, organisiert. Immer wieder drängen dubiose Firmen in das vom einem harten Preiskampf bestimmten Geschäft. Die Causa Hygiene Austria ist nur die Spitze des Eisberges

Von Günter Fritz

Die Affäre um den umstrittenen Maskenhersteller Hygiene Austria hat das Thema Leiharbeit erneut in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt: Denn dabei geht es nicht nur um den Vorwurf des mutmaßlichen Betrugs, sondern auch um den Verdacht organisierter Schwarzarbeit in Zusammenhang mit Personalarbeitstellung. Aufgeflogen ist die Affäre zudem im Zuge der Telefonüberwachung von Menschenhändlern, die möglicherweise über dubiose Leiharbeitsfirmen Migranten oder Asylwerber für die Maskenproduktion bzw. das Umpacken chinesischer Masken in „Made in Austria“-Produkte vermittelt haben.

Noch ist unklar, wie viele fragwürdige Zeitarbeitsfirmen tatsächlich bei Hygiene Austria involviert waren: Staatsanwaltschaft und Finanzpolizei ermitteln weiter auf Hochtouren, um herauszufinden, wie das System der Subfirmen, über die Gelder verschoben und verschleiert werden, genau aussieht. Bekannt ist jedoch, dass zumindest vier Firmen für Hygiene Austria tätig waren, davon zwei auf der Scheinfirmen-Liste der Finanz zu finden sind und eine weitere sich im Konkurs befindet. Und die zuständige Masseverwalterin klagte darüber, dass die Geschäftsführung dieses Unternehmens unauffindbar sei.

## Kampf um sauberes Image

Für die Branche der Personaldienstleister ist die Affäre ein herber Rückschlag im Bemühen um ein sauberes Image und im permanenten Versuch, schwarze Schafen aus dem Business draußen zu halten. „Früher war die Personalarbeitstellung tatsächlich oft ein Cowboy-Geschäft, aber seit gut 30 Jahren gibt es das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz samt Kollektivvertrag und klaren Vorschriften, die einzuhalten sind“, sagt Martin Zieger vom Branchenverband der Personaldienstleister, selbst Chef eines großen Zeitarbeitsunternehmens: „Wir sind auch mit dem Begriff Leiharbeit nicht glücklich. Denn wer lässt

sich schon gerne verleihen oder verleasen. Die Mitarbeiter sind bei uns angestellt, werden dem Gesetz nach fair bezahlt und im Bedarfsfall an Unternehmen, die Spitzen abdecken wollen, abgestellt.“ Ende Februar 2021 waren 79.500 Zeitarbeiter österreichweit für andere Unternehmen tätig. So ein System – jeder seriöse Personalbereitsteller habe eine eigene Struktur inklusive Lohnverrechnung – koste jedoch. Weshalb unseriöse Anbieter mit Dumpingpreisen ihre Chancen am umkämpften Markt suchten und auch fänden, so der Branchensprecher. „Leider gibt es eine große und unübersichtliche Grauzone. Die schadet natürlich unserem Image, weshalb wir auch versuchen, mit Nachdruck dagegen vorzugehen.“

Entsprechend fällt auch Ziegers Urteil über Hygiene Austria aus: „Das ist eine Katastrophe, wie dort gearbeitet wurde.“ Zum Teil seien die Firmen erst kurz vor der Vertragsunterzeichnung gegründet worden, möglicherweise sei der gewerberechtliche Geschäftsführer extern beigezogen worden. Denn von 2.000 Gewerbeberechtigten sind lediglich gut 800 aktiv und davon wiederum nur rund 100 im Branchenverband, der Seriosität garantiert, organisiert. „Es kommt immer wieder vor, dass sich jemand eine aktuell nicht ausgeübte Gewerbeberechtigung besorgt. Damit ist einem Betrug Tür und Tor geöffnet“, sagt Zieger und verweist auf die Website des Branchenverbands. Bei den dort aufgelisteten Personalbereitstellern könne man sicher sein, dass alle geltenden Gesetze eingehalten würden. Warum ein Unternehmen wie Hygiene Austria mit den zum damaligen Zeitpunkt renommierten Eigentümern Lenzing und Palmers solch dubiosen Firmen engagiert hat, kann sich Zieger nicht erklären: Lenzing – das mittlerweile alle Anteile abgegeben hat – beauftrage sonst nur die besten Personaldienstleister, und Palmers habe vielleicht keine Erfahrung mit dem Metier gehabt (Zieger war vor der Zeit der jetzigen Eigentümer selbst Palmers-Geschäftsführer).



**Es ist eine Katastrophe, wie bei Hygiene Austria gearbeitet wurde“**

**Martin Zieger**

Der Sprecher der Personaldienstleister sorgt sich um das Image der Branche



rer, Anm.). Zieger: „Das war ein schwerer Fehler, der allen schadet.“ Und auszubaden hätten solche Vorkommnisse letztlich alle Involvierten – inklusive der Mitarbeiter, die ja ihre Arbeit gemacht hätten: „Das Gesetz sieht vor, dass bei Verstößen der Auftraggeber in die Pflicht zu nehmen ist.“

### Handlungsbedarf beim Gesetzgeber

Bei Arbeiterkammer (AK) und Gewerkschaft, wo sich bereits mehr als 70 betroffene Hygiene-Austria-Leiharbeiter gemeldet haben, sieht man diesbezüglich aber noch Nachschärfungsbedarf: Im Konkursfall etwa greife das Gesetz nicht. Da komme das Insolvenzrecht zum Tragen und damit letztlich der Steuerzahler zum Handkuss. Auch werde das Kumulationsprinzip, wonach verhängte Strafen mit der Anzahl der betroffenen Arbeitnehmer multipliziert würden, nach einem EUGH-Urteil aus dem Jahr 2017 derzeit nicht angewendet, kritisiert AK-Wien-Direktor Christoph Klein: „Der entsprechende Passus steht zwar noch im Gesetz, wird aber nicht exekutiert. Das gehört dringend repariert.“ Das sei der einzige Weg, um solchen Fällen Einhalt zu gebieten: Derzeit liege der Strafrahmen etwa bei Unterentlohnung zwischen 1.000 bis 10.000 Euro. Das würden die Auftraggeber „aus der Portokasse zahlen“. Spüren würden sie die Strafen nur, wenn sie entsprechend der betroffenen Arbeitskräfte multipliziert würden, so Klein, der eine „bedenkliche Entwicklung“ ortet. „Dass solche illegalen Praktiken mittlerweile im Herzen der Industrie angekommen sind, ist neu und erschreckend. Es gilt, den Anfängen zu wehren.“

Das Prinzip, nach dem vorgegangen werde, sei immer dasselbe: Leiharbeitsfirmen würden immer wieder Subunternehmen beauftragen, bis zum Schluss „dubiose Firmen zum Zug kommen, die dann die billigen Arbeitskräfte zur Ver-

fügung stellen“. Häufig werde unter dem Kollektivvertrag bezahlt, im Fall Hygiene Austria auch ohne Angaben zu Urlaub, Krankenständen oder Kündigungsfristen. Oder Mitarbeiter würden geringfügig gemeldet oder als Teilzeitbeschäftigte geführt, aber viel mehr arbeiten. Zum Teil würden die Beschäftigten nicht zur Sozialversicherung angemeldet, weder Steuern noch Abgaben beglichen. Und immer wieder werde das Gesetz auch mittels Werkverträgen umgangen. Die Lücken ließen sich leicht beseitigen, erklärt Klein – das Kumulationsprinzip etwa durch die Einführung eines Milderungsrechts bei Formaldelikten. „Die Sozialpartner haben sich bereits auf so eine Milderungsrecht geeinigt, die Politik hat das bislang aber leider noch nicht umgesetzt“, so Klein, der zudem eine Generalunternehmerhaftung für Löhne, ähnlich der für Sozialversicherungsbeiträge, fordert.

### „Ein perfides System“

Auch Thomas Grammelhofer von der Gewerkschaft Pro GE sieht dringenden Handlungsbedarf, kritisiert aber auch die Auftraggeber: „Entscheidend bei der Auswahl ist meist der Preis, aber keiner macht sich Gedanken, warum diese Firmen so billig sind.“ Wenn Anbieter über keinerlei Bonität verfügten, sollte eigentlich klar sein, dass da etwas nicht stimmt, so Grammelhofer. Er ortet hinter den dubiosen Firmen oft „mafiose Strukturen“, die „bis hin zur Schleppelei“ reichen. Da würde dann gezielt in entsprechenden Teichen gefischt und Ausbeutung betrieben. Wenn es Probleme gebe, würden diese Menschen von den Leiharbeitsfirmen auch noch unter Druck gesetzt, nicht mit den Behörden oder Interessenvertretungen zu kooperieren. Grammelhofer: „Das ist ein perfides System, das mir nicht nur schlaflose Nächte beschert, sondern mich auch ziemlich zornig macht.“

**STEIN DES ANSTOSSES.**  
Beim Maskenproduzenten Hygiene Austria wurden mehrere dubiose Leiharbeitsfirmen beauftragt, um an billige Mitarbeiter zu kommen



**Dass solche Praktiken mittlerweile im Herzen der Industrie angekommen sind, ist neu und erschreckend“**

**Christoph Klein**  
Der AK-Wien-Direktor sieht dringend Handlungsbedarf